



Ihr Ansprechpartner:

Jürgen Steinmetz

Telefon:

02151 635 300

Telefax:

02151 635 - 44 330

E-Mail:

steinmetz@mittlerer-

niederrhein.ihk.de

Protokoll

der Vollversammlung der IHK Mittlerer

Niederrhein am Donnerstag, dem 5. März 2020

um 16:00 Uhr in der IHK in Neuss

Anwesend

Präsidium

Elmar te Neues

Dr. Erich Bröker

Christoph Buchbender

Dr. Stefan Dresely

Rainer Höppner

Dr. Claus Schwenzer

Susanne Thywissen

Hartmut Wnuck

Mitglieder

Dominik Baum

Ute D. Becke-Wittig

Norbert Bienen

Christoph Borgmann

Tania Cosmann

Markus Dannhauer

Michael Esser

Dunja Freimuth

Beate Gothe

Dr. Jens Hartmann

Caroline Hartmann-Serve

Philipp Hemmrich

Josef Hiller

Paul Josten

Rolf Ewald Kalthöfer

Christoph Hugo Kamper

Peer Kesper

Frank Kindervatter

Rolf A. Königs

Lothar Krengel

Ernst Peter Kreuder

Wolf-Reinhard Leendertz

Klaus Dieter Reh

Christoph Rochow

Heinz Schmidt

Thomas Schmitz

Theodor Schornstein

Dr.-Ing. Burkhard Schrammen

Burkard Ungricht

Muhittin Usta

Reinhard Van Vlodrop

Angelika Vermeulen

Eleonore Wisbert

David Zülw

Ehrenpräsidenten

Wilhelm Werhahn

Wirtschaftsjunioren

Gerald F. Richter

Gäste

Edith Bärbel Kohler, Michael Mronz

Geschäftsführung und Mitarbeiter der IHK

Jürgen Steinmetz
Petra Pigerl-Radtke
Martin van Treeck
Peter Terhaag
Tim Küsters

Jan Schoofs
Anna Jochums
Julia Rushjew
Jan-Simon Warmuth

Tagesordnung

Tagesordnung

- TOP 1 Genehmigung des Protokolls vom 12. Dezember 2019
- TOP 2 Bericht des Präsidiums und des Hauptgeschäftsführers
- TOP 3 Gastvortrag von Herrn Michael Mronz: „Durch Olympische und Paralympische Spiele 2032 essentielle Zukunftsthemen und Visionen in der Metropolregion Rhein-Ruhr schneller vorantreiben“
- TOP 4 Managementreport 2019: Gesagt-Getan
- TOP 5 Beschluss der rechtspolitischen Positionen
- TOP 6 Beschluss über die IHK Ausbildungs-GmbH
- TOP 7 Beschluss über den Betrieb gewerblicher Weiterbildung
- TOP 8 Bremsen für Infrastrukturausbau und Gewerbeansiedlungen lösen – Positionen zur Beschleunigung von Planungsverfahren
- TOP 9 Bericht aus den Ausschüssen
- TOP 10 Feststellung des nachträglichen Entfalls der Wählbarkeit eines Mitgliedes der Vollversammlung gemäß § 6 Abs. 2 der Wahlordnung
- TOP 11 Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Begrüßung und Beschlussfähigkeit

Präsident te Neues eröffnete die Sitzung der Vollversammlung und begrüßte die Mitglieder. Insbesondere hieß er die Ehrenpräsidenten Wilhelm Werhahn und Heinz Schmidt sowie die Gäste willkommen. **Präsident te Neues** stellte die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls vom 12. Dezember 2019

Innerhalb der Frist nach § 5 Abs. 10 S. 3 Satzung seien keine Anmerkungen zu dem übersandten Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember 2019 eingereicht worden, konstatierte **Präsident te Neues**. Damit sei es genehmigt.

TOP 2 Bericht des Präsidiums und des Hauptgeschäftsführers

Herr Steinmetz lud die Vollversammlungsmitglieder ein, die ausliegenden Post-ITs zu nutzen, um der Geschäftsführung Anregungen für die Sitzungen der Vollversammlung mit auf den Weg zu geben. Die Ergebnisse der Post-IT-Aktion in der Vollversammlung am 12. Dezember 2019 werde er unter TOP 11 Verschiedenes vorstellen.

Corona-Virus

Auch die Unternehmen am Mittleren Niederrhein seien vom Corona-Virus betroffen, berichtete **Herr Steinmetz**. Die IHK informiere und berate zum Thema. Auf der Homepage fänden Unternehmen hilfreiche Informationen zum allgemeinen Betrieb, zum Personalmanagement und zum Außenhandel. Die IHK habe verschiedene Präventivmaßnahmen ergriffen. Die Mitarbeiter seien über den Umgang mit Krankheitssymptomen und über Hygienemaßnahmen informiert worden. Außerdem habe die Geschäftsführung den Pandemieplan aktualisiert. In den drei Häusern stelle die IHK Desinfektionsmittelspender zur Verfügung und werbe mit Aushängen auch bei Besuchern für Hygienemaßnahmen. Derzeit bestehe keine Notwendigkeit, Veranstaltungen und Gremiensitzung pauschal abzusagen. Für den Gesundheitsschutz stünden bei Terminen außerhalb der IHK mobile Desinfektionsmittelspender bereit. Die Geschäftsführung beobachte die Entwicklung und Empfehlungen und entscheide situationsbezogen.

Bündnis Strukturwandel gestalten

Herr Steinmetz erinnerte daran, dass die IHK gemeinsam mit der DGB Region Düsseldorf-Bergisch Land das „Bündnis Strukturwandel gestalten“ ins Leben gerufen habe. Neben den beiden Initiatoren und den vom Braunkohleausstieg unmittelbar betroffenen Kommunen seien die Arbeitsagentur Mönchengladbach, die Hochschule Niederrhein und der Zweckverband Landfolge Garzweiler in dem Bündnis engagiert gewesen. Nach einjähriger Arbeit habe das Bündnis im Februar seine 54 Projektideen für die Zukunft des Rheinischen Reviers nach der Braunkohle vorgestellt. Den Abschlussbericht habe NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Pinkwart entgegengenommen. Der Bericht liege auf den Plätzen aus. Jetzt müsse der Gesetzgeber die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Strukturwandel schaffen, so **Herr Steinmetz**. Dazu gehörten erstens ein verlässlicher Ausstiegspfad mit klaren Wegmarken, zweitens verbesserte Rahmenbedingungen wie ein einfacheres Planungsrecht, drittens die Bereitstellung von zusätzlichen Fördermitteln und viertens Strompreiskompensation für Unternehmen.

Wissenscampus Mönchengladbach

Herr Steinmetz berichtete über die Arbeit des Vereins „Wissenscampus Mönchengladbach“. Dieser sei nach dem Votum der Vollversammlung am 14. Dezember 2019 gegründet worden. Zu den beiden Vorsitzenden seien Vizepräsident Wnuck und Herr Dr. Miller gewählt worden. Der Verein habe es sich Aufgabe gemacht, den „doppelten Strukturwandel“ in Mönchengladbach zu gestalten. Dieser sei einerseits durch den Ausstieg aus der Braunkohle und andererseits durch die digitale Transformation geprägt. Dazu unterstütze der Verein verschiedene Vorhaben in den Bereichen Wissenstransfer, Innovation und Qualifizierung. Im Mittelpunkt stehe derzeit die Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes für das alte Polizeipräsidium. Ein entsprechender Auftrag sei inzwischen vergeben worden.

Cybercrime-Studiengang

Ab dem Wintersemester 2020/2021 werde es an der Hochschule Niederrhein und an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg erstmalig Studiengänge zum Thema Cyber-Crime geben, informierte **Herr Steinmetz**. Dies sei ein Erfolg der „Cyber Alliance NRW“, welche die IHK maßgeblich initiiert und begleitet habe. Das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium habe insgesamt mehr als 6 Mio. Euro für eine Pilotphase mit bis zu 5 zusätzlichen Professuren und je 250 Studienplätzen in Mönchengladbach und Bonn zugesagt. An der Hochschule Niederrhein könnten die Studierenden des neuen Studiengangs Cyber Security Management lernen, Cyber-Angriffe zu erkennen und zu bekämpfen, Risikoanalysen zu erstellen und Strategien zur Vermeidung von Sicherheitsvorfällen zu entwickeln. Damit besetze die Region ein Zukunftsthema und Sorge für die Ausbildung von IT-Sicherheits-Fachkräften, die die Unternehmen dringend benötigten.

Klimaschutz-Coaching für Unternehmen

Herr Steinmetz warb für das „Klimaschutz-Coaching“ als neuen kostenfreien Service der IHK für ihre Unternehmen. Frau Grünert berate und informiere zu verschiedenen Klimaschutz-Themen wie dem betrieblichen CO₂-Fußabdruck, Digitalisierung und Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und Fördermöglichkeiten.

Bauausschuss

Die erste Sitzung des Bauausschusses für den Umbau der IHK in Mönchengladbach findet am 27. März 2020 statt, gab **Herr Steinmetz** bekannt. Der Bauausschuss werde zunächst die Rahmenbedingungen für einen Architektenwettbewerb erarbeiten, der von einem Sachverständigen als Berater organisiert und durchgeführt werde. Der Bauausschuss werde als Preisgericht dann über den Siegerentwurf entscheiden.

vorläufiges Jahresergebnis 2019

Wie **Herr Steinmetz** informierte, werde die IHK das Jahr 2019 – vorbehaltlich einer Prüfung durch die Rechnungsprüfungsstelle – voraussichtlich mit einem Ergebnis in Höhe von 1,46 Mio. Euro abschließen. Über das genaue Ergebnis und die Mittelverwendung werde die Vollversammlung in ihrer Sitzung am 24. Juni 2020 entscheiden.

Nachfolge von Frau Pigerl-Radtke

Herr Steinmetz rief den Anwesenden ins Gedächtnis, dass Frau Pigerl-Radtke, Geschäftsführerin für den Bereich Innovation, Bildung und Fachkräfte, zur neuen Hauptgeschäftsführerin der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld gewählt worden ist. Sie werde ihre neue Position Mitte des Jahres antreten. Die Suche nach einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger sei auf der Zielgerade. Mit dem Präsidium sei bereits das Einvernehmen in dieser Sache hergestellt.

TOP 3 Gastvortrag von Herrn Michael Mronz: „Durch Olympische und Paralympische Spiele 2032 essentielle Zukunftsthemen und Visionen in der Metropolregion Rhein-Ruhr schneller vorantreiben“

Präsident te Neues begrüßte Michael Mronz, Geschäftsführer der Initiative „Rhein-Ruhr City 2032“. Als Ausrichter des CHIO Aachen und anderer sportlicher Großveranstaltungen verfüge Herr Mronz über gute Erfahrungen bei der

Ausrichtung von sportlichen Großveranstaltungen. Deshalb freue er sich auf das Konzept für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2032 an Rhein und Ruhr.

Nachhaltigkeit der Spiele

Die privatwirtschaftlich finanzierte Initiative „Rhein-Ruhr City 2032“ erarbeite ein überregionales, gemeinschaftliches, ökonomisch und ökologisch nachhaltiges Konzept für die Ausrichtung der Olympischen Spiele an Rhein und Ruhr im Jahr 2032, führte **Herr Mronz** aus. Insgesamt seien 14 Kommunen am Sportstättenkonzept beteiligt. Im IHK-Bezirk seien Boxen in Krefeld und Hockey in Mönchengladbach vorgesehen. Rund 90 Prozent der benötigten Sportstätten gebe es bereits. Sie seien in wöchentlicher, monatlicher oder jährlicher Nutzung und dadurch bereits heute nachhaltig. Errichtet werden müssten noch das Olympische Dorf und ein Olympia-Stadion. Das Olympische Dorf solle dort entstehen, wo Wohnraummangel herrsche. Geografisch komme die Region zwischen Köln, Düsseldorf und Essen infrage, da das Olympische Dorf im Zentrum der Sportstätten liegen müsse. Es könnten auch Kommunen als Standort ausgewählt werden, die nicht zu den 14 Austragungsorten gehören. Bei der Planung sei für die Initiative eine sinnvolle Nachnutzung ausschlaggebend.

Nutzen für die Region

Millionen von Bürgerinnen und Bürgern und die ganze Region hätten einen nachhaltigen Nutzen von den Spielen, erläuterte **Herr Mronz**. Dieser Nutzen liege zum einen in der Ertüchtigung der Sportstätten für den Spitzen-, Breiten- und Jugendsport. Zum anderen sehe das Konzept viele Themen vor, die keinen direkten Bezug zum Sport hätten. Insbesondere von Maßnahmen zur vernetzten Mobilität und von einer einheitlichen und übergreifenden Digitalisierung des vorhandenen Schienennetzes profitiere die Region auch nach dem Ende der Spiele. Dies käme auch der Wirtschaft am Mittleren Niederrhein zugute.

Einbindung der Öffentlichkeit

Herr Mronz hob hervor, dass eine Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele auf die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger in der Region Rhein-Ruhr angewiesen sei. Deshalb sehe das Konzept fortlaufende Dialogveranstaltungen und den Einsatz von Olympia-Botschaftern vor.

Diskussion

Vizepräsident Buchbender wies darauf hin, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg und Garmisch-Partenkirchen gegen die Ausrichtung von Olympischen Spielen ausgesprochen haben. Sein Eindruck sei, dass die Menschen an Rhein und Ruhr im Gegensatz hierzu eine positivere Haltung einnehmen und bat um eine Einschätzung der Gründe. **Herr Mronz** hob in seiner Entgegnung den Nachhaltigkeitsaspekt und die Formate zur Bürgerbeteiligung besonders hervor.

Ehrenpräsident Werhahn warb dafür, sich das „Wir-Gefühl“ in der Region auch für andere Vorhaben bereits heute zunutze zu machen. Dies geschehe bereits, informierte Herr Mronz. Mit der Bahn führe die Initiative Gespräche mit dem Ziel, langfristig geplante Maßnahmen mit Blick auf die möglichen Spiele im Jahr 2032 vorzuziehen.

Auf Nachfrage von **Vizepräsident Höppner** führte **Herr Mronz** aus, dass sich die Begeisterung für die Spiele vor allem mit ihrer Eröffnung entfalte. Im Vorfeld sei die Kommunikation des potenziellen Nutzens für die Region deshalb besonders wichtig.

Vizepräsident Dr. Bröker erkundigte sich nach den Mitbewerbern und den Entscheidungskriterien des Internationalen Olympischen Komitees. Neben der Region Rhein-Ruhr bereiteten auch Indonesien, Indien, Korea und Australien eine Bewerbung vor, informierte **Herr Mronz**. Er habe den Eindruck, dass insbesondere der ausgewiesene Nachhaltigkeitsaspekt der Rhein-Ruhr-Initiative beim Internationalen Olympischen Komitee auf offene Ohren stoßen könnte.

Herr Steinmetz hob hervor, dass die Olympischen und Paralympischen Spiele für einige Branchen und die Infrastruktur in der Region einen spürbaren Aufschwung bedeuten könnten. Er warb außerdem dafür, das Olympische Dorf am Mittleren Niederrhein zu errichten. Die günstige geografische Lage erlaube kurze Wege für die Athletinnen und Athleten und der Wohnungsmangel sei in einigen Zentren ein Problem. Auf Nachfrage erläuterte **Herr Mronz** außerdem, dass sich auch bislang noch nicht am Sportstättenkonzept beteiligte Kommunen einbringen könnten, sofern Sie für einzelne der bislang noch nicht vergebenen Sportarten entsprechende Austragungsstätten zur Verfügung stellen könnten.

Vizepräsidentin Tyhwissen betonte, dass die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ein wesentlicher Aspekt für den Erfolg der Olympia-Bewerbung sei. Sie warb bei den Anwesenden dafür, als Botschafter in der Region zu fungieren.

Beschluss

Die Vollversammlung fasste einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung begrüßt eine Bewerbung der Region Rhein-Ruhr für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2032.

TOP 4 Managementreport 2019: Gesagt-Getan

Die Vollversammlung habe für das Jahr 2019 insgesamt 37 Projekte beschlossen, erinnerte **Präsident te Neues**. Er verwies auf die übersandten Unterlagen und bat Herr Steinmetz um einen Überblick.

hohe Umsetzungsquote bei Projekten

Rund 92 Prozent der Projekte sei abgeschlossen oder stehe kurz vor einem Abschluss, erläuterte **Herr Steinmetz**. Damit erreiche die IHK das selbst gesteckte Ziel, mindestens 90 Prozent der beschlossenen Vorhaben zu realisieren. Drei Vorhaben seien gecancelt worden. Im Falle der „Unternehmer-Reise ASEAN“ und einem Event für die Ausbildung in der Gastronomie sei die erforderliche Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht worden. Im Falle des Projekts „Berufliche Bildungslotsen“ seien geänderte rechtliche Rahmenbedingungen ursächlich.

Film „gesagt/getan 2019“

Herr Steinmetz gab bekannt, dass die Höhepunkte des vergangenen Jahres in einem kurzen Film zusammengefasst worden seien. Er werde morgen auf der IHK-Homepage zur Verfügung gestellt.

Aktionsplan Wirtschaft für Krefeld

Als besonderes Projekt hob **Herr Steinmetz** den „Aktionsplan Wirtschaft für Krefeld“ hervor. Vor knapp zwei Jahren sei die IHK gemeinsam mit der Stadt Krefeld angetreten, um den Wirtschaftsstandort Krefeld voranzubringen. Im Rahmen des Aktionsplans hätten rund 150 Akteure aus Unternehmen, Institutionen und Verwaltung konkrete Initiativen und Projekte für die vier Themenfelder „Infrastruktur, Flächen und Mobilität“, „Lebensqualität und Urbanität“, „Innovation, Digitalisierung und Gründung“ sowie „Bildung, Fachkräfte und Arbeitsmarkt“ erarbeitet.

Zukunftskongress Krefeld 2030

Am 3. März seien diese Projekte auf dem „Zukunftskongress Krefeld 2030“ mit Ministerpräsident Armin Laschet und 350 Gästen vorgestellt worden, berichtete **Herr Steinmetz**. Den Mitgliedern der Vollversammlung wurden zwei Filme vorgeführt, in denen die Vision für Krefeld 2030 und einzelne Projekte dargestellt werden. Jetzt gehe es darum, die Aufbruchstimmung für den Wirtschaftsstandort Krefeld zu nutzen und die Projekte in die Tat umzusetzen. Die IHK werde den Prozess weiter begleiten und sich an der Umsetzung einiger Projekte intensiv beteiligen. Dafür werde derzeit eine Nachfolgestruktur entwickelt.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion warf **Herr Bienen** die Frage auf, wie man die auf eine Teilregion bezogenen Vorhaben wie den Aktionsplan Wirtschaft für Krefeld auf die anderen Regionen im IHK-Bezirk übertragen könnte. **Herr Steinmetz** wies darauf hin, dass Initiativen wie der „Aktionsplan Wirtschaft für Krefeld“ oder auch der Verein „Wissenscampus Mönchengladbach“ wichtige Bezugspunkte für die Teilregionen bildeten. Darüber hinaus übertrage die IHK erfolgreiche Formate und Initiativen auf andere Teilregionen.

Beschluss

Die Vollversammlung fasste einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung nimmt den Status der IHK-Projekte für 2019 zur Kenntnis.

TOP 5 Beschluss der rechtspolitischen Positionen

Hintergrund

Die Positionen im Bereich Wirtschaftsrecht seien vom DIHK unter Beteiligung der IHKs aktualisiert und ergänzt worden, informierte **Präsident te Neues**. Die Unterlagen seien vorab übersandt worden. Die Geschäftsführung habe die Ergänzungen geprüft und empfehle der Vollversammlung die Übernahme als eigene Positionen der IHK Mittlerer Niederrhein.

Beschluss

Die Vollversammlung fasste einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung stimmt den Ergänzungen der wirtschaftspolitischen Positionen zum Wirtschaftsrecht vom 27. November 2019 zu.

TOP 6 Beschluss über die IHK Ausbildungs-GmbH

Prüfung der Kosten für die IHK

Die Förderung der dualen Ausbildung und der Weiterbildung seien wesentliche Aufgaben der IHKs, führte **Präsident te Neues** aus. Mit der IHK-Ausbildungs-GmbH verfüge die IHK Mittlerer Niederrhein seit 1984 über ein Instrument, um neue Produkte im Bereich der Aus- und Weiterbildung als zeitlich befristete Projekte zu erproben. Der Landesrechnungshof NRW habe sich im Rahmen seiner Prüfung auch mit der IHK-Ausbildungsgesellschaft beschäftigt. Er habe keine Einwände gegen die 100%-Beteiligung der IHK an der GmbH. Allerdings habe der Landesrechnungshof NRW um Prüfung gebeten, ob die Beteiligung unter Berücksichtigung der durch die GmbH-Strukturen entstehenden Kosten sinnvoll ist. Immerhin sei auch denkbar, dass die von der GmbH übernommenen Aufgaben auch direkt von der IHK übernommen werden. **Präsident te Neues** bat Herrn van Treeck, das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten.

Aufgabe und Leistungen der GmbH

Die IHK-Ausbildungsgesellschaft GmbH unterstütze Betriebe bei der Suche nach Auszubildenden sowie bei der Ausbildung von geringer qualifizierten Bewerbern und bietet zahlreiche Angebote für Jugendliche bei der Berufswahl, erläuterte **Herr van Treeck**. Als 100%-ige Tochter der IHK Mittlerer Niederrhein sei die Gesellschaft seit ihrer Gründung im Jahr 1984 ein bewährter Projektträger für Aus- und Weiterbildung. Vielfach geschehe dies im Auftrag des Landes NRW, verschiedener Bundesministerien sowie der Europäischen Union.

Die Produkte der GmbH umfassten aktuell

- die Ausbildungsbotschafter,
- den Ausbildungskonsens,
- die Einstiegsqualifizierung,
- die Fachberatung Inklusion,
- die Homepage Schule-Wirtschaft,
- die IHK Lehrstellenbörse,
- die passgenaue Besetzung,
- Valikom Transfer,
- die Willkommenslotsen und
- die Initiative Wirtschaft.Sport.Ausbildung.

Mit diesen Aufgaben, die von neun hauptamtlichen Mitarbeitenden getragen werden, leiste die gemeinnützige Gesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung, so **Herr van Treeck**. Die Geschäftsführung erfolge durch Frau Petra Pigerl-Radtke und ihn.

Gesellschafter- versammlungen

Der Jahresabschluss der Gesellschaft – samt Prüfvermerk des externen Wirtschaftsprüfers – werde in den jährlichen Gesellschafterversammlungen besprochen. In diesen Terminen werde die IHK durch den Präsidenten und den

Hauptgeschäftsführer vertreten, führte **Herr van Treeck** aus.

**Kosten-/
Nutzenabwägung
für IHK**

Die Geschäftsführung habe sich mit den vom Landesrechnungshof aufgeworfenen Fragen nach den Kosten der Gesellschaft für IHK eingehend beschäftigt und eine Kosten-/Nutzenabwägung vorgenommen. Es sei der Anspruch der IHK, schnell hochwertige Lösungen für die Herausforderungen der Wirtschaft zu entwickeln. Dazu gehöre aktuell auch, dem Fachkräftemangel effizient begegnen zu können.

**Erprobung neuer
Services**

Ähnlich wie große Unternehmen, die neue Konzepte in kleiner und agiler Umgebung entwickeln und testen, könne auch die GmbH innovative Konzepte zur Förderung von Ausbildung zunächst risikoarm zu erproben. Dies geschehe durch regelmäßig befristete Verträge der Mitarbeiter und häufig über eine Fördermittelfinanzierung der Vorhaben.

**Übernahme von
Services in die IHK**

Nur bei nachhaltigem Erfolg in der GmbH würden die so getesteten Produkte später mit Zustimmung der Vollversammlung in die IHK überführt. Andere Produkte hätten den Sprung über diese Erfolgshürde hingegen nicht geschafft. Für die IHK sinke somit das Risiko eines „Fehlkaufs“. Durch die Möglichkeit einer Erprobung würden erst dann unbefristete Stellen bei der IHK geschaffen, wenn sich die Produkte über zwei oder mehr Jahre bei der GmbH bewährt hätten.

Kosten für die IHK

Die zusätzlich anfallenden Aufwendungen für den Betrieb der GmbH (Erstellung Jahresabschluss, Prüfungskosten, gelegentlich Notarkosten) lägen unter 20TEUR Euro pro Jahr. Diese Kosten stünden in einem guten Verhältnis zum beschriebenen Nutzen der Gesellschaft für die Tätigkeit und Ziele der IHK im Bereich der Ausbildungsförderung und Fachkräftesicherung.

Diskussion

Herr Kindervatter erkundigte sich, ob befristete Verträge nicht auch bei der IHK möglich seien. Dies wurde von **Herrn van Treeck** bejaht. Allerdings verwies er auf eine abweichende Tarifstruktur bei der IHK. Diese sei für einige Mittelgeber ein Hindernis bei der Förderung von Vorhaben. **Vizepräsident Dr. Schwenzer** ergänzte, dass einige Mittelgeber mit IHKs nicht zusammenarbeiten würden – wohl allerdings mit einer GmbH. Auch dies spreche für den Erhalt der GmbH.

Beschluss

Die Vollversammlung fasste mit einer Enthaltung den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung beschließt, die IHK-Ausbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung weiter als 100%-ige Tochter der IHK Mittlerer Niederrhein mit dem aktuellen Tätigkeitsumfang zu führen.

TOP 7 Beschluss über den Betrieb gewerblicher Weiterbildung

Hintergrund

Die IHK begegne dem Fachkräftemangel mit zahlreichen Leistungen, informierte

Präsident te Neues. Dazu gehöre insbesondere auch die IHK-Weiterbildung. Sie sei als „Betrieb gewerblicher Art“ eingerichtet worden. Der Landesrechnungshof NRW habe bei seiner Prüfung keine Einwände dagegen formuliert. Gleichwohl habe er um eine Prüfung gebeten, ob eine Subventionierung der Tätigkeit durch Beiträge stattfindet. **Präsident te Neues** bat den Leiter der Weiterbildung, Herrn Dr. Schwarz, um das Ergebnis der Analyse.

Prüfungsauftrag

Ausgangspunkt der Zweifel des Landesrechnungshofes NRW an der Wirtschaftlichkeit des Betriebs gewerblicher Weiterbildung (BgA) seien Verlustvorträge, deren Entstehung lange zurücklägen, führte **Herr Dr. Schwarz** aus. Sie führten jedoch zu einer günstigen Steuersituation. Betrachte man die letzten zehn Wirtschaftsjahre des BgA, so sei in Summe ein Überschuss von rund 288TEUR erzielt worden.

Maßnahmen

In den letzten Jahren seien zudem weitere Maßnahmen ergriffen worden, um den wirtschaftlichen Erfolg des BgA zu festigen: Nicht oder schlecht laufende Bildungsprodukte habe man konsequent vom Markt genommen, erläuterte **Herr Dr. Schwarz**. Die Realisierungsverluste seien von 37,6 Prozent (12/2016) auf 20,3 Prozent (12/2019) gesenkt worden. Das Marketingkonzept sei umgestellt und vermehrt Bildungsprodukte im High-Price-Segment vermarktet worden. Die variablen Kosten seien bis Ende 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 39,8TEUR gesenkt, die Gesamterlöse von 2,24 Mio. EUR (2017) auf 2,37 Mio. EUR (2018) gesteigert worden. Der steuerlicher Jahresüberschuss 2018 weise einen Betrag von + 137,7TEUR auf.

Vorausschau

Auch in den kommenden Jahren sei es möglich, mit dem BgA „Weiterbildung“ wirtschaftlich am Markt zu agieren, ohne dass hierzu Mitgliederbeiträge zur Finanzierung von Verlusten herangezogen werden müssen, so **Herr Dr. Schwarz**.

Beschluss

Die Vollversammlung fasste einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung nimmt die Wirtschaftlichkeitsberechnung zum BgA Weiterbildung zur Kenntnis. Sie beschließt vor diesem Hintergrund, die freiwillige Aufgabe der IHK-Weiterbildung durch den BgA weiterzuführen.

TOP 8 Bremsen für Infrastrukturausbau und Gewerbeansiedlungen lösen - Positionen zur Beschleunigung von Planungsverfahren

Hintergrund

Der DIHK habe gemeinsam mit den IHKs ein 10-Punkte-Papier mit dem Titel „Bremsen lösen für Infrastrukturausbau und Gewerbeansiedlungen“ erarbeitet, informierte **Präsident te Neues**. Er bat Vizepräsident Dr. Schwenzer um ein Statement zu den Inhalten und ihrer Bewertung.

Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern **Vizepräsident Dr. Schwenzer** erinnerte an den Strukturwandel, der für den gesamten IHK-Bezirk eine große Herausforderung sei. Diesen könne die Region nur dann erfolgreich gestalten, wenn es gute Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln gebe. Neben den wichtigen Voraussetzungen für bezahlbaren und sicheren Strom benötige die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein leistungsfähige Straßen, Schienenverbindungen und andere Verkehrswege, um Produkte just in time zu erhalten und schnell ausliefern zu können. Erforderlich seien zudem passgenaue Gewerbe- und Industrieflächen an den richtigen Stellen und mit schnellem Baurecht. Die vorgeschlagenen Positionen zur Beschleunigung träfen mitten ins Herz der Verwaltungsabläufe und böten für die IHK-Interessenvertretung eine solide Grundlage.

Beschluss

Die Vollversammlung fasste einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung beschließt, die Vorschläge des DIHK „Bremsen für den Infrastrukturausbau und Gewerbeansiedlungen lösen“ als Basis für eigene standortpolitische Aussagen zu verwenden.

TOP 9 Bericht aus den Ausschüssen

Hintergrund

Wie **Präsident te Neues** ausführte, seien die Regionalausschüsse intensiv mit der Erarbeitung der Positionen für alle 19 Kommunen des IHK-Bezirks mit Blick auf die Kommunalwahl 2020 befasst. Er bat **Vizepräsident Buchbender** um einen kurzen Bericht über die bisherigen Aktivitäten im Regionalausschuss Neuss.

kommunalpolitische Positionen im RA Neuss

Vizepräsident Buchbender hob die Bedeutung von trennscharfen und ortsbezogenen Positionen für die lokale politische Interessenvertretung hervor. Dies sei bei der Vorstellung der Standortanalyse Neuss im vergangenen Jahr deutlich geworden. Dabei hätten sich die Unternehmer ihr Interesse geäußert, die Ergebnisse der Analyse gemeinsam mit der IHK in einem Follow-Up weiterzuentwickeln. Das Engagement habe die IHK für die Formulierung der kommunalpolitischen Positionen aufgegriffen und sie gemeinsam mit den Mitgliedern des Regionalausschusses zu einem Workshop eingeladen. Anknüpfungspunkte seien die in der Standortanalyse identifizierten Defizite bei den kommunalen Kosten, der Verkehrssituation – insbesondere in der Innenstadt – und den kommunalen Leistungen gewesen. Rund 20 Teilnehmer der Standortanalyse hätten sich in diesen Prozess eingebracht. Wie **Vizepräsident Buchbender** berichtete, würden die Ergebnisse nun in das Positionspapier einfließen, das zunächst im Regionalausschuss und dann in der Vollversammlung am 24. Juni 2020 behandelt werde.

TOP 10 Feststellung des nachträglichen Entfalls der Wählbarkeit eines Mitgliedes der Vollversammlung gemäß § 6 Abs. 2 der Wahlordnung

Ausscheiden von Kathrin Dahnke

Wie **Präsident te Neues** informierte, sei das Vollversammlungsmitglied Kathrin Dahnke aus der Wilhelm Werhahn KG ausgeschieden. Sie sei auch in keinem

weiteren Unternehmen im IHK-Bezirk beschäftigt. Als kooptiertes Mitglied sei sie in mittelbarer und geheimer Wahl schriftlich von den unmittelbar gewählten Vollversammlungsmitgliedern hinzugewählt werden. Ihre Zuwahl habe dazu gedient, die Spiegelbildlichkeit der Vollversammlung zu verbessern. Mit ihrem Ausscheiden aus der Wilhelm Werhahn KG sei ihre Wählbarkeit zur Vollversammlung nun entfallen. Die Vollversammlung sei deshalb gefordert, dies auch formal festzustellen.

Beschluss

Die Vollversammlung fasste einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung stellt fest, dass die Wählbarkeit von Kathrin Dahnke, Wilhelm Werhahn KG, durch Ausscheiden aus dem Unternehmen nachträglich entfallen ist.

TOP 11 Verschiedenes

Befragung zur Attraktivität der Vollversammlung

Herr Steinmetz stellte die Ergebnisse der Online-Umfrage zur Attraktivität der Vollversammlungssitzungen vor. An dieser hätten sich 37 von 76 Mitgliedern beteiligt. Von ihnen seien 91 Prozent (35 Personen) mit den Sitzungen „sehr“ oder „eher zufrieden“. Nur 2 Umfrageteilnehmer hätten angegeben, dass die „eher nicht zufrieden“ seien.

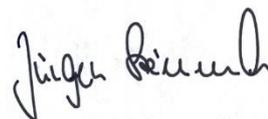
Auch die Post-IT-Aktion aus der Sitzung am 12. Dezember 2019 und die offenen Antworten aus der Online-Umfrage zeichneten ein insgesamt positives Bild, fasste **Herr Steinmetz** zusammen. Dennoch nehme sich die Geschäftsführung für künftige Sitzungen drei Themenfeldern an: erstens noch mehr Diskussion und Austausch ermöglichen, zweitens neue Formate ausprobieren und drittens den Fokus weiter auf kleine und mittlere Unternehmen setzen. Damit habe die IHK bereits in den vergangenen Sitzungen begonnen, sodass er die Vollversammlung auf einem guten Weg sehe.

Präsident te Neues dankte den Anwesenden und schloss die öffentliche Sitzung der Vollversammlung um 18:00 Uhr.

Krefeld, den 17. März 2020



Elmar te Neues
Präsident



Jürgen Steinmetz
Hauptgeschäftsführer